



Nr. 307 | 07.03.2023

Polen-Analysen

Frauenpolitik in Polen

■ ANALYSE		
Frauen in Polen zwischen Rechtskonservatismus und Feminismus		2
Ewa Wanat, Berlin		
■ DOKUMENTATION		
Demografienpolitik		
Aus dem Programm der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS), 2019		7
Die Rechte der Polinnen		
Aus dem Wahlprogramm des Parteienbündnisses Bürgerkoalition (KO), 2023		8
■ STATISTIK		
Kennzahlen und Indizes geschlechterspezifischer Ungleichheit		9
■ CHRONIK		
21. Februar – 06. März 2023		11

Frauen in Polen zwischen Rechtskonservatismus und Feminismus

Ewa Wanat, Berlin

DOI: 10.31205/PA.307.01

Zusammenfassung

Die Frauenpolitik oszillierte in der Volksrepublik Polen zwischen formeller Gleichberechtigung und realer Geringschätzung der Rolle von Frauen in Staat und Gesellschaft. Allerdings gab es ein liberales Abtreibungsgesetz, das 1992 infolge der politischen Einflussnahme der katholischen Kirche stark eingeschränkt und unter der Regierung von Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) 2020 nochmals verschärft wurde. Doch ist dies nicht der einzige Bereich, in dem Frauen in Polen für ihr Recht auf Selbstbestimmung kämpfen. Die Beachtung ihrer Belange fordern sie auch beim Zugang zu Verhütungsmitteln und Sexualkundeunterricht, bei der Verbesserung der Zustände rund um die Geburtskliniken, frauenfeindlichen Entgleisungen im öffentlichen Diskurs sowie der Thematisierung häuslicher Gewalt.

Frauenpolitik in der Volksrepublik

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in der Volksrepublik Polen die Geschlechtergleichheit von oben eingeführt. Sie fügte sich in das allgemeine Modell der neuen, kommunistischen Ordnung ein. Feminismus wurde als westliche Erfindung angesehen, in Polen unnötig. Der neue Staat gab den Frauen gleiche Rechte, sie erhielten Zugang zu kostenloser Ausbildung wie die Männer sowie zum Arbeitsmarkt, gleiche Sorgerechte für die Kinder und das gleiche Recht auf Scheidung.

Allerdings blieb neben all diesen zweifellos positiven Veränderungen die traditionelle Rollenverteilung in der Familie fest bestehen. Die Frauen waren nicht nur berufstätig (in den 1970er Jahren waren es 70 Prozent der verheirateten Frauen), sondern führten auch noch vollständig den Haushalt, was einer zweiten Stelle gleichkam. Das partnerschaftliche Modell war damals selten. Zudem verdienten die Frauen, trotz der theoretisch garantierten Gleichberechtigung, bis zu 60 Prozent weniger als die Männer.

Im Jahr 1956 wurde das Recht auf Schwangerschaftsabbruch eingeführt, was in der Praxis Abtreibung auf Verlangen bedeutete.

Polen hatte damals ein so liberales Gesetz, dass es sogar Anlass für »Abtreibungstourismus« aus Schweden wurde. Ein Schwangerschaftsabbruch wurde zu dieser Zeit nicht unter ethischen Gesichtspunkten betrachtet, sondern allenfalls unter gesundheitlichen. Ärzte meinten, er sei gefährlich, insbesondere was die Möglichkeit angeht, später schwanger zu werden (damals wurde der Eingriff durch Ausschabung der Gebärmutter durchgeführt).

Die Kirche und die Diskussion über Abtreibung

In den 1980er Jahren wurde das Thema Abtreibung Gegenstand ethischer Diskussionen, was mit der soge-

nannten »moralischen Revolution« der *Solidarność* verbunden war. Die in der Volksrepublik illegale demokratische Opposition wurde stark von der katholischen Kirche unterstützt und war häufig mit der Kirche verflochten; die *Solidarność* berief sich direkt auf die traditionellen Beziehungen zwischen der polnischen Nation und dem Katholizismus. 1978, zwei Jahre vor den Massenstreiks und der Gründung der Unabhängigen Selbstverwalteten Gewerkschaft *Solidarność*, wurde Karol Wojtyła zum Papst gewählt. Ihm wurde in großem Maße das »Wunder« der *Solidarność* zugeschrieben. Damals entstand der bis heute starke Mythos, dass er die polnische Gesellschaft aufgeweckt und zum wachsenden Widerstand gegen die kommunistischen Machthaber ermutigt hat. Die Zugehörigkeit zur Kirche, häufig demonstrativ gezeigt, wurde als eine der Arten von Widerstand gegen die kommunistische Regierung verstanden. Sie ging außerdem mit der Neigung zur traditionellen Rolle der Familie und traditionellen Rollenverteilung einher. In den Kirchen tauchten in den 1980er Jahren die Ideen der Bewegung zum »Schutz des Lebens« auf, einer starken Strömung, die sich gegen Abtreibung richtete. In kirchlichen Räumen wurden Anti-Abtreibungsausstellungen organisiert, die zum Beispiel zerrissene Föten zeigten. Im kirchlichen Religionsunterricht und in Ehevorbereitungskursen wurde der Film der Pro-Life-Bewegung »Der stumme Schrei« (1984) gezeigt, der den Schwangerschaftsabbruch als Mord darstellt. Dieses Narrativ hält sich in Polen seit über 30 Jahren.

Im Jahr 1989 wurde der Runde Tisch einberufen, an dem Vertreter des damaligen Machtapparats und der demokratischen Opposition zusammensaßen, um über die Systemtransformation zu verhandeln. Anwesend waren vor allem Männer: Zwischen den 58 Teilnehmern der Plenarberatungen saßen nur zwei Frauen. Ein Ergebnis der Beratungen des Runden Tisches war, dass ein Kompromiss zu den ersten teilweise freien Wahlen

geschlossen wurde: In der unteren Parlamentskammer, dem Sejm, wurden 65 Prozent der Sitze für die damals regierende Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (*Polska Zjednoczona Partia Robotnicza – PZPR*) reserviert und 35 Prozent für die Opposition. Die höhere Parlamentskammer, der Senat mit seinen 100 Sitzen, wurde von dieser Vereinbarung ausgeschlossen.

Im Laufe des Wahlkampfes bemühte sich die Opposition um die Unterstützung der Kirche. Der Anführer der *Solidarność*, Lech Wałęsa, traf sich damals mit dem Primas von Polen. Die *Gazeta Wyborcza*, die damals einzige unabhängige Tageszeitung, berichtete über das Treffen: »Der Primas wies auch auf die Bedeutung des Schutzes ungeborenen Lebens hin. [...] Die Kirche misst diesem Thema besonderes Gewicht bei. Der Primas unterstrich, dass die Frage des Schutzes ungeborenen Lebens weder Gegenstand eines politischen Spiels noch des Ermessens der zur Wahl stehenden Kandidaten werden dürfe.«

Es war ein klares Signal – Unterstützung der Kirche für die Opposition bei den bevorstehenden Wahlen im Gegenzug für ein Abtreibungsverbot. Als die Opposition die nächsten, nun schon vollständig freien Wahlen gewann, opferte sie als Dank an die Kirche die reproduktiven Rechte der Frauen. 1993 wurde ein restriktives Abtreibungsrecht verabschiedet, das den Schwangerschaftsabbruch nur in drei Fällen erlaubte – bei Vergewaltigung, Bedrohung des Lebens und der Gesundheit der Mutter und unheilbaren Schäden des Fötus. Die Debatte über das Abtreibungsrecht begleiteten massive Proteste. Es wurden knapp zwei Millionen Unterschriften für den Antrag auf ein Referendum gesammelt. Das Parlament ignorierte sie und ein Referendum fand nicht statt; das Gesetz wurde angenommen. 2020 verschärfte das durch die *PiS* umgestaltete Verfassungstribunal das – abgesehen von Malta – restriktivste Abtreibungsrecht in Europa und verbot die Abtreibung von Föten mit unheilbaren Schäden. Seitdem sind die Frauen in Polen gezwungen, todkranke Kinder zur Welt zu bringen.

Veränderungen bei der Geburtsbegleitung

Mit der Debatte um die Einführung des Gesetzes im Jahr 1993 begann der Kampf polnischer feministischer Kreise für den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen; mit der Zeit wurden auch andere Fragen der Frauenvorsorge einbezogen. Als eines der wichtigsten Probleme wurde damals das Thema Geburtsbegleitung erkannt. Viele Frauen, die zur Zeit der Volksrepublik Kinder in Geburtskliniken zur Welt gebracht haben, erinnern sich an die Geburt als an eine traumatische Erfahrung. Sie sprechen von fehlender Intimität in Kreissälen für mehrere Gebärende, Anonymität, Einsamkeit und mangelnder Unterstützung, routinierten Abläufen, der Tren-

nung der Neugeborenen von den Müttern und anderen Angehörigen, fehlendem Respekt und sogar Gewalt. Die Frau wurde wie ein Objekt behandelt. Die Situation veränderte sich infolge der Aktion »Kinder menschlich zur Welt bringen« (*Rodzić po ludzku*), welche die *Gazeta Wyborcza* 1994 initiierte. Auf der Grundlage von 15.000 Briefen von Leserinnen an die Zeitung erarbeiteten die Organisatoren einen Leitfaden für die polnischen Kreissäle. Es wurden Zehn Gebote dafür aufgestellt, dass »Kinder menschlich zur Welt gebracht werden« können, wozu auch Forderungen gehörten, Veränderungen bei der Geburtshilfe einzuleiten. Das war eine große Bewegung der in Polen noch im Aufbau begriffenen Zivilgesellschaft, die die Grundsätze für Geburtsbegleitung umgestaltete. Sie veränderte die Beziehungen in den Krankenhäusern, die Krankenhäuser selbst, das Bewusstsein des medizinischen Personals und das Bewusstsein der Frauen.

Frauenfeindlichkeit in der öffentlichen Debatte

1997 wurde die seit 1992 geltende »Kleine Verfassung« von der Verfassung der Republik Polen abgelöst. In ihr ist die Gleichheit der Geschlechter festgeschrieben. In Polen – wie auch leider in immer noch zu vielen Ländern – existiert sie allerdings häufig nur auf dem Papier.

Im Jahr 2015 gewann eine Koalition konservativer, nationalistischer Parteien mit Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) an der Spitze die Parlamentswahlen. Sie bemüht sich, die progressiven Veränderungen zu behindern und rückgängig zu machen und die Frauen in der traditionellen Rolle der Ehefrau, Mutter und Pflegerin bedürftiger Angehöriger einzuschließen. Einer der ersten Impulse der neuen Regierung war es, die Stelle des Regierungsbeauftragten für die Gleichstellung von Frauen und Männern zu streichen – sie war im Jahr 2001 als eine der Bedingungen für die Aufnahme Polens in die Europäische Union geschaffen worden – und ihre Kompetenzen später um das Vorgehen gegen Diskriminierung aus anderen Gründen als dem des Geschlechts (Rasse, ethnische und nationale Herkunft, Religion und Überzeugungen, Alter sowie sexuelle Orientierung) zu erweitern.

Eindrückliche Beispiele für die heutige Situation der Frauen und die Atmosphäre in Polen sind die frauenfeindlichen Äußerungen vieler Politiker und Prominenter. Über eine Frau, die im Alter von 13 Jahren von einem Priester gefangen gehalten und viele Male vergewaltigt worden war und der das Gericht eine Entschädigung in Höhe von einer Million Złoty zugesprochen hat, sagte der Feuilletonist des katholischen *Radio Maryja*, Stanisław Michalkiewicz: »Eine Million Złoty dafür zu bekommen, dass jemand irgendwann die Hand unter den Rock gesteckt hat, – wer würde das nicht wollen.

Keine Nutte wird so hoch bezahlt.« Der prominente rechtskonservative Publizist Rafał Ziemkiewicz sagte zu Vergewaltigungen: »Wer nie eine Betrunkene ausgenutzt hat, werfe den Stein. Und ein Kerl, der morgens neben einer Schreckschraube aufwacht, hat der auch das Recht, sie wegen Vergewaltigung anzuklagen?« Der Sejmabgeordnete Paweł Kukiz griff Joanna Mucha, Abgeordnete der Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska – PO*), für ihre Teilnahme am Frauenstreik an [Aktion der gleichnamigen feministischen Bewegung *Ogólnopolski Strajk Kobiet*, einer ihrer Schwerpunkte waren Proteste gegen die Verschärfung des Abtreibungsrechts, Anm. d. Übers.] und schrieb über sie: »Eine Mutter, die ihre eigenen Kinder allein lässt und auf eine Demo geht, um die problemlose Möglichkeit zu fordern, ein dreimonatiges lebendiges Wesen abzuschlachten.« Der Europaabgeordnete Janusz Korwin-Mikke: »Eine Frau ist mit den Ansichten desjenigen Menschen durchtränkt, mit dem sie schläft. Letztlich hat die Natur oder Gott – wir werden uns hier nicht streiten – den Mann nicht dafür so konstruiert, dass Hunderttausende Spermien vergeudet werden; sie dringen in den Körper der Frau ein und gestalten sie nach dem Bilde des Mannes um, zu dem sie gehört.«

Mangelnde Gleichberechtigung

Trotz der Bereitschaft, solche Ansichten in der öffentlichen Debatte hinzunehmen, oder vielleicht gerade deswegen, wächst in Polen die Sensibilität für Diskriminierung von Frauen. Im Jahr 2021 bestellte der Bürgerrechtsbeauftragte beim Meinungsforschungsinstitut *Kantar* eine Umfrage mit dem Ziel, das Rechtsbewusstsein im Zusammenhang mit der Gleichstellung zu untersuchen.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Einwohner Polens im Alter von 15 Jahren und älter häufiger als ein Jahr zuvor Fälle von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts wahrnehmen. 2020 haben sie zwölf Prozent der Befragten bemerkt, 2021 bereits 20 Prozent. Als geschlechtsspezifische Diskriminierung beurteilen sie u. a., dass Kandidatinnen in Bewerbungsgesprächen für eine Arbeitsstelle nach ihrer Familienplanung gefragt werden. In solchen Gesprächen ist das sehr häufig der Fall. Als diskriminierend wird auch das unterschiedliche Renteneintrittsalter von Frauen und Männern angesehen: Frauen gehen mit 60 Jahren, Männer mit 65 Jahren in Rente, weshalb Frauen eine niedrigere Rente haben als Männer.

Die Position Polens im Ranking des EU-Gleichstellungsindex fiel zwischen 2010 und 2018 von Platz 15 auf Platz 24.

Fehlende Gleichberechtigung von Frauen und Männern in Polen lässt sich schon auf der Ebene der Sprache deutlich erkennen. Feminine Formen in der polnischen Sprache stoßen auf großen Widerstand und

Unverständnis. Die weiblichen Ableitungen von Berufsbezeichnungen und Funktionen werden als feministische Zumutung angesehen – zum besseren Verständnis: Der Begriff Feminismus wird in Polen häufig als Schimpfwort verwendet. Indessen wurden die weiblichen Berufsbezeichnungen dank der polnischen Emanzipation bereits in den 1890er Jahren eingeführt. Aufgehoben hatte sie der kommunistische Präsident Bolesław Bierut, der meinte, dass die Bezeichnungen das Ansehen der Berufen schmähen(!). Doch dank der Medien und der in ihnen auftretenden Frauen und Expertinnen dringen sie allmählich in das Bewusstsein der Polinnen und Polen ein und werden zunehmend benutzt.

Häusliche Gewalt gegen Frauen

Die Regierungskoalition der Vereinigten Rechten (*Zjednoczona Prawica*) droht weiterhin damit, das »Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt«, die sogenannte Istanbul-Konvention, aufzukündigen und sie unter dem Slogan »Nein zu Gender, ja zur Familie« durch die Charta der Familienrechte zu ersetzen. Die Charta entstand auf Wunsch der Bischofssynode im Jahr 1980, die den »Aufgaben der christlichen Familie in der gegenwärtigen Welt« gewidmet war. Gegen die Istanbul-Konvention und für die Charta der Familienrechte betreibt die sehr einflussreiche Organisation konservativer Juristen *Ordo Iuris* eine starke Lobbyarbeit. (Sie steht auch hinter der Verschärfung des Abtreibungsrechts.) *Ordo Iuris* will, dass Vorschriften eingeführt werden, die Ehescheidungen erschweren oder am besten ganz verbieten. Letztens machte sich die Vereinigung mit der Forderung einen Namen, dass Hoteliers keine Doppelbettzimmer an unverheiratete Paare vermieten. Das wäre alles lustig, wenn da nicht die Tatsache wäre, dass Vertreter von *Ordo Iuris* immer zahlreicher hohe staatliche Positionen besetzen, u. a. im Justizministerium.

Politiker des rechten Lagers, die sich für die Aufkündigung der Istanbul-Konvention vonseiten Polens aussprechen, sagen, Frauen seien in Polen ausreichend geschützt und brauchen dafür keine neuen Rechtsbestimmungen.

Das regierungsnahе Meinungsforschungsinstitut *CBOS* hat im Jahr 2019 eine Untersuchung zu häuslicher Gewalt durchgeführt. In der Umfrage gaben zwölf Prozent der Frauen an, dass sie von ihren Ehemännern oder Partnern geschlagen werden. Die Daten zeigen auch, dass jede fünfte Befragte persönlich Frauen kennt, die physische Gewalt in der Beziehung erleben. Das genaue Ausmaß der Gewalt gegenüber Frauen ist nicht bekannt. Frauenorganisationen stellen fest, dass die Polizeistatistiken nicht repräsentativ sind. Die Chefin der Nichtregierungsorganisation *Feminoteka*, Joanna Piotrowska, sagte unlängst in einem Interview für das Frauenmagazin

Wysokie Obcasy, dass die betroffenen Frauen manchmal schlicht und einfach überredet würden, die Angelegenheit nicht zur Anzeige zu bringen oder sie zurückzuziehen: »Sie hören: Sie werden mit einer Menge Unannehmlichkeiten konfrontiert. Wenn Sie das Verfahren eröffnen, kommt eh nichts dabei heraus. Was bringt Ihnen das? Wenn Sie es nicht machen, haben Sie Ihre Ruhe.« Die Mehrheit der Verfahren wegen häuslicher Gewalt wird eingestellt und da, wo Urteile gesprochen werden, handelt es sich häufig um Strafen auf Bewährung. Die Zahl der Weiterbildungen für die Polizei, Staatsanwälte und Richter reicht nicht aus. Es kommt zu Urteilen, die den Vergewaltigten freisprechen, weil das Gericht feststellt, das Opfer habe nicht geschrien – was für den Beklagten spricht.

Die Nichtregierungsorganisation *Niebieska Linia*, die sich mit häuslicher Gewalt befasst, hat 2021 das Schwarzbuch der Opfer häuslicher Gewalt in Polen (*Teraz koniec z Tobą. Czarna Księga Ofiar Przemocy Domowej w Polsce*) herausgegeben. Seine Autorinnen und Autoren stellen fest, dass auf der Basis der zurzeit gesammelten Daten in Polen keine Möglichkeit besteht zu bestimmen, wie viele Menschen infolge von Gewalt in der Familie ihr Leben verlieren. »Solche Daten besitzen weder die Polizei noch die Staatsanwaltschaft, noch die Gerichte, noch das System für medizinische Dokumentation und für Todesfälle, noch das System zur Bekämpfung von familiärer Gewalt, auch keines der Systeme für das Monitoring gesellschaftlicher Probleme, das in den vom Statistischen Hauptamt gesammelten Daten gespiegelt wird. Aus der einjährigen Recherche in verschiedenen statistischen Datensätzen ergibt sich, dass, obwohl sich bestimmte Institutionen mit Tötungsfällen infolge familiärer Gewalt beschäftigen, der polnische Staat in diesem Bereich blind und taub bleibt. Es gibt keine zuverlässige Datenbasis zu solchen Vorkommnissen, ihrem Ausmaß sowie ihrer Spezifik, und der Staat ergreift in diesem Kontext keine Maßnahmen, die zum Ziel haben, dieses Phänomen zu verhindern und es zu bekämpfen.«

Angehörige pflegen und Kinder kriegen

Ein gewichtiges und von allen polnischen Regierungen übergangenes Problem von Frauen ist die Pflegearbeit. Es gibt in Polen im Grunde keine institutionelle Unterstützung für Menschen, die sich um ihre alten Eltern oder behinderten Angehörigen kümmern. Das sind vor allem Frauen. Beispielsweise ist es Personen, die ein Pflegegeld erhalten, staatlicherseits nicht erlaubt, berufstätig zu sein. Das Pflegegeld beträgt aktuell 2.458 Zloty (ca. 500 Euro), der Mindestlohn aber beträgt 3.490 Zloty in Polen. Das Verbot dazuzuverdienen führt zu absurden Situationen. Anna aus Posen (Poznań), Mutter einer behinderten Tochter, verzichtete auf 4.000 Zloty Preis-

geld, die sie aus dem lokalen Wettbewerb zur Freiwilligen des Jahres erhalten sollte. Hätte sie das Geld angenommen, hätte sie ihr Recht auf Pflegeleistungen verloren, das ausschließlich Personen zusteht, die keine Anstellung oder bezahlte Arbeit aufnehmen bzw. eine solche aufgeben. Die geltenden Regeln lassen Interpretationen zu und Annas Preisgeld wäre als Einkommen bewertet worden.

Die Regierungsparteien wollen die Frauen zwingen, Kinder zu bekommen und zu Hause zu bleiben. Der Minister für Bildung und Wissenschaft, Przemysław Czarnek, sagt offen, dass die allererste Aufgabe der Frau die Fortpflanzung sei: »Wenn man das erste Kind im Alter von 30 Jahren zur Welt bringt, wie viele Kinder kann man dann bekommen? Das sind die Folgen, wenn der Frau erklärt wird, dass sie nicht das machen muss, wozu sie von Gott berufen wurde.«

Frauen, die keine Kinder haben, werden von der de facto wichtigsten Person im Staat, dem Parteivorsitzenden der *PiS*, Jarosław Kaczyński, angeprangert. Auf einem Treffen mit Parteihängern 2022 sagte er: »Wenn es bei dem Zustand bleibt, dass junge Mädchen, junge Frauen bis zum 25. Lebensjahr so viel trinken wie ihre männlichen Altersgenossen, dann wird es keine Kinder geben. Vergesst nicht, dass ein Mann, um dem Alkoholismus zu verfallen, durchschnittlich 20 Jahre lang übermäßig trinken muss. Der eine kürzer, der andere länger, das hängt von der individuellen Veranlagung ab, aber Frauen nur zwei [Jahre].« Kaczyński betonte, dass er kein Befürworter einer »sehr frühen Mutterschaft« sei, da »eine Frau dazu heranreifen muss, Mutter zu sein. Aber wenn sie sich bis zum 25. Lebensjahr den Hals volllaufen lässt, dann – ich mache ein wenig Witze, aber das ist keine gute Prognose für diese Dinge«, urteilte der *PiS*-Vorsitzende. Diese Worte lösten eine Welle der Kritik aus. Die Linke (*Lewica*) stellte beim parlamentarischen Ausschuss für Abgeordnetenehtik einen Strafantrag.

Trotz dieser zweifelhaften Anstrengungen der aktuell das Land regierenden Männer erleidet ihre Familienförderpolitik eine Niederlage. Im Jahr 2022 führte das Meinungsforschungsinstitut *CBOS* eine Untersuchung durch, die zeigt, dass die Polinnen keine Kinder haben wollen. 68 Prozent der Befragten im Alter von 18 bis 45 Jahren antworteten auf die Frage, ob sie planen, Nachwuchs zu bekommen, sie hätten weder in näherer noch in weiterer Zukunft solche Pläne. Im Vergleich zum Jahr 2017, als *CBOS* die vorige Befragung machte, ist der Anteil der Frauen zwischen 18 und 45 Jahren, die planen, Kinder zu haben, um neun Prozentpunkte gesunken. Das Hauptstatistikamt (*Główny Urząd Statystyczny – GUS*) gab unlängst bekannt, dass 2022 die wenigsten Kinder seit dem Zweiten Weltkrieg geboren wurden.

Auf diese Situation hat zweifellos das fast vollständige Abtreibungsverbot Einfluss – die Frauen haben Angst, schwanger zu werden. Aber das ist nicht alles, hinzu kommt die fatale Situation am Arbeitsmarkt. Untersuchungen der Stiftung *Rodzic w mieście* zeigen, dass 94,4 Prozent der nicht berufstätigen Mütter wieder arbeiten möchten. Die Zahlen sind erschreckend: Ihr Anteil am Arbeitsmarkt beträgt knapp 44 Prozent.

Die Verringerung der Lohnlücke

Bei dieser erdrückenden Menge an schlechten Nachrichten gibt es aber auch gute zur Situation der Frauen in Polen. Letztens vollzog sich ein kleiner Fortschritt am Arbeitsmarkt, und zwar hat sich die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern verringert. Obwohl sich das hohe Bildungsniveau der Frauen in Polen (66 Prozent der Hochschulabsolventen sind Frauen) nicht entsprechend auf die Höhe ihres Gehalts in Relation zu dem der Männer niederschlägt, hat sich der Verdienstabstand (der Unterschied zwischen dem Durchschnittsgehalt von Frauen und Männern) in Polen in den letzten Jahren verringert. Eine Analyse der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2022 zeigt, dass die korrigierte Lohnlücke in den EU-Staaten 11,1 Prozent beträgt. In Polen, so Schätzungen der OECD, verringerte sie sich zwischen 2018 und 2021 von 11,5 auf 8,7 Prozent.

Positiv ist auch die Tatsache, dass von Jahr zu Jahr mehr Männer den Vaterschaftsurlaub in Anspruch nehmen. Im Jahr 2022 waren es 53 Prozent der Väter, im Jahr 2022 58 Prozent.

Zugang zu Verhütungsmitteln und illegaler Abtreibung

In Polen werden keine Kinder geboren – und das, obwohl nicht nur Abtreibung in Polen verboten ist, sondern auch der EU-weit schlechteste Zugang zu Verhütungsmitteln besteht. Im Bericht des *European Parliamentary Forum for Sexual & Reproductive Rights (EPF)* offenbarte sich Polen als das Land mit dem schlechtesten und erschwerten Zugang zu Verhütung. »Moderne Verhütung spielt eine Schlüsselrolle bei der Erlangung der Geschlechtergleichheit. Außerordentlich wichtig ist es, einen allgemeinen Zugang zu qualitativ hochwertigen Verhütungsmethoden sicherzustellen sowie die finanziellen, gesellschaftlichen und kulturellen Barrieren auszuräumen, die den Zugang erschweren. Das Recht auf Gesundheit und das Wahlrecht für alle Frauen müssen geschützt werden«, unterstrich die französische Europaabgeordnete Irène Tolleret während der Präsentation des »Contraception Atlas«. Die Kennziffer, die den Zugang zu Verhütungsmitteln anzeigt, beträgt in Polen 33,5 Prozent. Polen hat damit Russland (42,8 Prozent), Bosnien und Herzegowina (44,3 Prozent), Belarus (44,4 Prozent) und Ungarn (44,9 Prozent) hinter sich gelassen. Hinzu kommt, dass

Mädchen im Alter von 15 Jahren das Einverständnis der Eltern für einen Besuch beim Gynäkologen bekommen müssen. Interessanterweise erlaubt das Recht ihnen ganz legal, mit jemandem Geschlechtsverkehr zu haben, verbietet aber, sich selbständig um andere Verhütungsmittel als Kondome zu kümmern. Keineswegs selten verweigern Gynäkologen, ein Rezept für Verhütungsmittel auszustellen, und berufen sich dabei auf die sogenannte Gewissensklausel. Auf einen vom Nationalen Gesundheitsfonds (*Narodowy Fundusz Zdrowia – NFZ*; zentrale Institution des polnischen Gesundheitssystems, das aus den Krankenkassenbeiträgen die versicherungsgedeckten Leistungen bezahlt – Anm. d. Übers.) finanzierten Besuch beim Gynäkologen wartet man manchmal mehrere Monate, so dass Frauen gezwungen sind, für Untersuchungen in privaten Arztpraxen zu zahlen. In der Schule gibt es keinen Sexualkundeunterricht, chirurgische Verhütungsmethoden sind für Frauen illegal. Da die Eileiterunterbindung zu Unfruchtbarkeit führt, droht Ärzten eine bis zu zehnjährige Haftstrafe. Die polnische Regierung unternimmt viel, um jungen Frauen die bewusste Familienplanung zu erschweren.

Bei all diesen Anstrengungen des Staates haben die Polinnen aufgehört, Kinder zu bekommen. Wie ist das möglich? Ganz einfach: Täglich vollziehen über einhundert Frauen trotz Verbots einen Schwangerschaftsabbruch, so die Daten der Organisation *Aborcja bez Granic*, die Frauen bei Abtreibungen hilft. Diese Tätigkeit ist selbstverständlich illegal, für die Hilfe bei Schwangerschaftsabbruch droht eine Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren. Zurzeit wird ein Präzedenzfall verhandelt. Eine der Aktivistinnen der Organisation, Justyna Wydrzyńska, stand wegen Beihilfe bei Abtreibung vor Gericht. Sie hatte einer Frau eine Abtreibungspille übermittelt, was den Partner der Schwangeren zur Denunziation veranlasste.

Aborcja bez Granic hat 2022 bekannt gemacht, dass sie während der zwei Jahre nach dem Urteil des *PiS*-gelenkten Verfassungstribunals insgesamt 78.000 Personen geholfen hat. Die Mehrheit von ihnen (99 Prozent) hat Abtreibungspillen genommen. Die übrigen fuhren zum Eingriff ins Ausland. Doch das ist nicht das ganze Bild. Viele Frauen nutzen die Vermittlung einer Organisation nicht und kaufen in Eigeninitiative Abtreibungstabletten im Internet oder nehmen Angebote tschechischer oder slowakischer Abtreibungskliniken wahr, die sogar die Fahrt aus Polen organisieren.

Frauenthemen im Wahlkampf der Opposition

Die Nationalkonservativen regieren Polen seit acht Jahren. Dieses Jahr im Herbst finden Parlamentswahlen statt. Die *PiS* führt die Umfragen weiter an und die zerstrittene Opposition kann nicht garantieren, dass jene

eine Niederlage erfährt, obwohl die Mehrheit der Wähler einen Regierungswechsel möchte.

Die stärkste Oppositionspartei, die *PO*, hat ein »Paket für die Frauen« vorgestellt, das zwei Vorschläge beinhaltet, die miteinander verknüpft sind. Der erste ist das Gesetz »Sicherheit für Frauen«, das eine ganzheitliche Lösung für Fragen der Frauenvorsorge beinhaltet:

- Gewährleistung kostenloser pränataler Untersuchungen;
- Garantie eines leichten Zugangs zu kostenlosen Verhütungsmethoden;
- Zugang zur »Pille danach« ohne Rezept;
- Sexualkundeunterricht in der Schule;
- dauerhafte finanzielle Unterstützung und medizinische Versorgung im Falle der Geburt eines behinderten Kindes;
- kostenlose In-vitro-Fertilisation.

Der zweite Vorschlag ist ein »Neuer Gesellschaftsvertrag«. Dort heißt es: »Die Bürgerplattform spricht sich dafür aus, dass jeder Polin, die sich in einer außergewöhnlich schwierigen persönlichen Situation befindet, nach der Konsultierung eines Psychologen und eines Arztes das Recht auf individuelle Entscheidung über einen eventuellen Schwangerschaftsabbruch bis zur zwölften Woche unter sicheren Bedingungen garantiert wird, ähnlich wie in der Mehrheit der europäischen Länder. Wir glauben an die Klugheit der Frauen.«

Über die Autorin

Ewa Wanat, Radio-, Fernseh- und Pressejournalistin, war mehrere Jahre Chefredakteurin bei *Radio TOK FM* und *Radio RCD*. Sie schreibt für das größte polnische Nachrichtenportal *Onet.pl* und arbeitet mit den Zeitungen *Polityka*, *Newsweek* und *Gazeta Wyborcza* zusammen. 2013 wurde sie mit dem Goldenen Verdienstkreuz des Staatspräsidenten der Republik Polen für ihren »Beitrag zum Aufbau der unabhängigen Medien im freien Polen« ausgezeichnet. Ihre Schwerpunkte sind politische und gesellschaftliche Themen, u. a. die Situation der Frauen in Polen, Feminismus und die LGBTQ-Bewegung.

Die Partei Neue Linke (*Nowa Lewica*) schlägt vor:

- Sichere Schwangerschaftsabbrüche. Wir führen das ausschließlich von der Entscheidung der Frau abhängige Recht auf Schwangerschaftsabbruch bis zur zwölften Woche ein sowie über die zwölfte Woche hinaus im Falle der Gefahr für das Leben und die Gesundheit der Mutter oder bei schweren Schäden des Fötus;
- moderne Verhütungsmethoden. Wir garantieren die Finanzierung moderner Verhütungsmethoden, u. a. der »Pille danach«;
- gleiche Repräsentation. Wir führen die Geschlechterparität im Ministerrat, in den Kreisverwaltungen, den Woiwodschaftsverwaltungen, den Bezirksverwaltungen der Hauptstadt Warschau sowie in den Verwaltungs- und Aufsichtsräten der kommunalen Gesellschaften und der Unternehmen, an denen der Staat Anteile hält, ein.

Der Wahlkampf hat bereits begonnen und zum ersten Mal in der polnischen Geschichte seit 1989 spielen Frauenfragen eine so große und bedeutende Rolle in den Parteiprogrammen. Man möchte sagen: Endlich. Wenn auch mindestens 30 Jahre zu spät.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

DOKUMENTATION

Demografiepolitik Aus dem Programm der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS), 2019

Das demografische Wachstum ist eine der großen Herausforderungen, die in den nächsten Jahren vor Polen stehen. Die Fürsorge für die Familien, ihre Entwicklung und Sicherheit ist eine der Prioritäten der Regierung von Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*). Daher realisiert die Regierung Familienförderprogramme und wird deren Umsetzung weiter fortsetzen. Es handelt sich um langfristige Programme; ihre Kraft liegt in der Wirkung, denen das Gefühl von Beständigkeit, Vorhersehbarkeit und Sicherheit zu geben, die sich wünschen Kinder zu haben.

Im Jahr 2015 machten die Mittel zur Unterstützung von Familien 1,78 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus, um im Jahr 2017 3,11 Prozent zu erreichen. Alle Kinder in die Leistungen des Programms »Familie 500 Plus« (*Rodzina 500 Plus*) aufzunehmen, wird eine Erhöhung der Ausgaben der öffentlichen Hand auf ca. 4 Prozent des BIP zugunsten von Familien nach sich ziehen, was zur Folge haben wird, dass **Polen in der Spitzengruppe der familienfreundlichsten Staaten nicht nur in der Europäischen Union, sondern weltweit stehen wird.**

Fortgeführt werden auch Programme wie »Guter Start« (*Dobry Start*), »Mama 4 Plus« oder »Knirps Plus« (*Maluch Plus*). Wir werden außerdem die »Charta der großen Familie« (*Karta Dużej Rodziny*) weiterentwickeln, damit das System von Ermäßigungen und zusätzlichen Leistungsberechtigungen für Familien so umfassend wie möglich wird.

Wir schlagen auch eine revolutionäre Lösung für schwangere Frauen vor: Alle Medikamente, die sie während der Schwangerschaft benötigen, werden kostenlos sein. Das ist ein neues Programm von Recht und Gerechtigkeit, mit dem Ziel, Frauen, die Nachwuchs erwarten, zu helfen. Dank dessen werden die werdenden Eltern keine Angst haben, dass sie sich während der gesamten Phase der Schwangerschaft nicht die notwendigen Medikamente leisten können.

Wir führen Veränderungen ein, die den Müttern die Möglichkeit flexibler Beschäftigungsformen geben, dazu gehören die Arbeit mit individueller Arbeitszeiteinteilung und die Ausübung eines Teils der Arbeit im Homeoffice (Telearbeit). Einerseits ist das für die Mütter von Vorteil, die sich immer wenn notwendig um das Kleinkind kümmern können, andererseits macht das die Fortsetzung des beruflichen Werdegangs möglich. Diese Form des Arbeitens erlaubt, dass der Arbeitnehmer eine ständige Verbindung zum Arbeitsplatz aufrechterhält, anders als in der Situation, dass der Arbeitnehmer aus familiären Gründen vollständig auf die Berufstätigkeit verzichten muss. Telearbeit ist eine immer verbreitetere Form, die beruflichen Verpflichtungen auszuüben.

Der Staat wird die Arbeitgeber bei der Einrichtung sogenannter Betriebskitas unterstützen. Das wird die Rückkehr von Frauen – und in manchen Fällen von Männern – an den Arbeitsplatz deutlich erleichtern. Die Unterstützung wird u. a. darin bestehen, dass das Prozedere für die Erlaubnis, eine solche Einrichtung zu eröffnen, erleichtert wird und dass die Ausgabe von Bescheinigungen des Staatlichen Gesundheitsamtes beschleunigt wird.

Hervorhebungen im Original

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: Prawo i Sprawiedliwość [Recht und Gerechtigkeit]: Polski model państwa dobrobytu. Program Prawa i Sprawiedliwości 2019 [Das polnische Modell des Wohlfahrtsstaates. Das Programm von Recht und Gerechtigkeit 2019]. S. 65 f. <https://pis.org.pl/media/download/d11362ba5b8df458ba7d5873a4aac4f2d015c7a7.pdf> (abgerufen am 02.03.2023).

Die Rechte der Polinnen

Aus dem Wahlprogramm des Parteienbündnisses Bürgerkoalition (KO), 2023

Das Recht jeder Polin ist eine ungestörte Mutterschaft, ein angemessenes Gehalt und der bedingungslose Schutz vor Gewalt. Frauen, die in sehr schwierigen Bedingungen leben und von Gewalttätern zu Hause misshandelt werden, bedürfen eines besonderen rechtlichen und materiellen Schutzes vonseiten des Staates. Wir werden das Strafgesetzbuch dahin gehend ändern, dass sich der Täter vor der Strafe fürchtet und dass eine Strafe auf jeden Fall verhängt wird.

Die Verantwortung für eine gute Zukunft für jedes Kind ist nicht nur die Verantwortung der Eltern, sondern auch die des Staates. Jedes Kind hat das Recht auf materielle Absicherung, ein würdiges Leben und Bildung. Wir werden das Recht ändern, um alleinerziehende Mütter effektiv im Kampf für die ihnen zustehenden Unterhaltszahlungen zu unterstützen.

Wir verweigern unsere Zustimmung, dass Frauen Geiseln irgendeiner Weltanschauung sind. Frauen garantieren wir den Zugang zur kostenlosen In-vitro-Fertilisation sowie ein reales und nicht nur »auf dem Papier« bestehendes Recht auf kostenfreie Narkose bei der Geburt. Genau der gleiche Grundsatz maximaler Fürsorge für Frauen gilt beim vollständigen Zugang zu pränatalen Untersuchungen und Geburtsbegleitung.

Wir führen Sexualkundeunterricht in der Schule ein sowie zugängliche Verhütungsmittel, deren Kosten erstattet werden. Wir führen Notfall-Verhütungsmittel, die ohne Rezept erhältlich sind, wieder ein.

Wir führen Lösungen ein, die den Frauen die Möglichkeit der persönlichen und beruflichen Entwicklung garantieren. Wir machen Schluss mit der häufigen Diskriminierung von Frauen am Arbeitsmarkt. Jede Frau mit der gleichen Arbeit sowie den gleichen Qualifikationen muss die gleichen beruflichen Entwicklungschancen garantiert bekommen wie ein Mann. Deshalb werden wir die Entlohnung von Frauen und Männern mit den gleichen Qualifikationen und auf den gleichen Arbeitsstellen gleichsetzen.

Wir werden auch den Mechanismus der Geschlechtergleichheit auf Leitungs- und Managerpositionen in staatlichen Institutionen und Unternehmen, an denen der Staat Anteile hält, einführen. Standard werden in Polen Beurteilungen und Boni für Arbeitnehmer abhängig von tatsächlichen Kompetenzen und Arbeitseinsatz und nicht vom Geschlecht.

Dank des Kampfes gegen Stereotype, der Transparenz in Sachen Gehaltshöhe, der Ausräumung von Barrieren bei der Beförderung und der Unterstützung von Frauen am Arbeitsmarkt, auch in hochdotierten Bereichen, werden wir die Gehalts- und Rentenlücke zwischen Frauen und Männern schließen.

Wir stellen uns entschieden dagegen, die Frauen vor die schwierigste Alternative: Familie oder Arbeit, zu stellen. Wir erhöhen (wie in den Städten, wo Politiker der Bürgerkoalition (*Koalicja Obywatelska – KO*) regieren) die Anzahl der Kitaplätze und führen außerdem den zweimonatigen Vaterschaftsurlaub ein.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: *Koalicja Obywatelska [Bürgerkoalition]: Twoja Polska. Program Koalicji Obywatelskiej [Dein Polen. Das Programm der Bürgerkoalition.] [Wahlprogramm 2023]. S. 16 f.* <https://platforma.org/dokumenty/program-koalicji-obywatelskiej> (abgerufen am 02.03.2023).

STATISTIK

Kennzahlen und Indizes geschlechterspezifischer Ungleichheit

Tabelle 1: Gender Inequality Index 2021: Indexwert und Rang im internationalen Vergleich

Deutschland	Schweden	Polen	Ukraine	Belarus	Russland	Kasachstan	Kirgistan	Tadschikistan	Turkmenistan	Usbekistan
0,073 19	0,023 4	0,109 31	0,200 49	0,104 29	0,203 50	0,161 41	0,37 87	0,29 68	0,177 43	0,23 56

Der Gender Inequality Index wird vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen berechnet und setzt sich aus mehreren Teilindikatoren zusammen (Sitzanteil im Parlament, weiterführende Schulbildung, Müttersterblichkeit, Schwangerschaftsrate von Jugendlichen und Erwerbsquote): <https://hdr.undp.org/data-center/thematic-composite-indices/gender-inequality-index#/indicies/GII>.

Tabelle 2: Parlamentssitze 2021 (in %)

Deutschland	Schweden	Polen	Ukraine	Belarus	Russland	Kasachstan	Kirgistan	Tadschikistan	Turkmenistan	Usbekistan
34,80	47,00	27,55	20,80	34,71	16,45	24,50	20,50	23,40	25,00	28,70

Parlamentssitze: Anteil der Sitze im Staatsparlament (in bikameralen Systemen in beiden Parlamenten) besetzt mit Frauen gemessen an den gesamten Sitzen, <https://hdr.undp.org/data-center/thematic-composite-indices/gender-inequality-index#/indicies/GII>.

Tabelle 3: Ministerposten 2020 (in %)

Deutschland	Schweden	Polen	Ukraine	Belarus	Russland	Kasachstan	Kirgistan	Tadschikistan	Turkmenistan	Usbekistan
40,00	57,10	4,80	13,60	3,60	9,70	9,50	10,50	5,90	3,70	3,40

Ministerposten: Anteil der Frauen auf Ministerposten oder vergleichbaren Stellen inkl. Amt des Ministerpräsidenten, <https://genderdata.worldbank.org/indicators/sg-gen-mnst-zs>.

Tabelle 4: Weiterführende Schulbildung 2021: Anteil in % und Verhältnis zwischen Frauen und Männern

Deutschland	Schweden	Polen	Ukraine	Belarus	Russland	Kasachstan	Kirgistan	Tadschikistan	Turkmenistan	Usbekistan
96,10 1,00	91,80 1,00	86,52 0,95	96,17 1,00	97,48 0,98	92,77 0,97	99,80 1,00	100 1,00	93,50 0,99	93,50 1,01	99,90 1,00

Weiterführende Schulbildung: Anteil der Frauen mit weiterführender Schulbildung, nicht zwangsläufig abgeschlossen, im Alter von 25 Jahren und älter. Verhältnis zwischen Frauen und Männern in dieser Kategorie. Wert über 1 zeigt einen höheren Frauenanteil, Wert unter 1 einen höheren Männeranteil; je weiter die Werte von 1 abweichen, desto ungleicher sind die Anteile. <https://hdr.undp.org/data-center/thematic-composite-indices/gender-inequality-index#/indicies/GII>.

Tabelle 5: Erwerbsquote 2021: Anteil in % und Verhältnis zwischen Frauen und Männern

Deutschland	Schweden	Polen	Ukraine	Belarus	Russland	Kasachstan	Kirgistan	Tadschikistan	Turkmenistan	Usbekistan
56,80 0,86	61,70 0,91	49,20 0,75	48,10 0,76	57,31 0,80	54,49 0,78	63,30 0,84	42,10 0,59	30,20 0,60	36,50 0,68	44,90 0,63

Erwerbsquote: Anteil der Frauen im erwerbsfähigen Alter von 15 Jahren und älter, die auf dem Arbeitsmarkt tätig sind, in Arbeit oder aktiv auf der Suche nach Arbeit. Verhältnis zwischen Frauen und Männern in dieser Kategorie. Wert über 1 zeigt einen höheren Frauenanteil, Wert unter 1 einen höheren Männeranteil; je weiter die Werte von 1 abweichen, desto ungleicher sind die Anteile. <https://hdr.undp.org/data-center/thematic-composite-indices/gender-inequality-index#/indicies/GII>.

Tabelle 6: Women Business and the Law Index Score 2021: Bewertung der Gesetzgebung zur wirtschaftlichen Teilhabe von Frauen, je höher der Wert, desto weniger geschlechterspezifische Diskriminierung

Deutschland	Schweden	Polen	Ukraine	Belarus	Russland	Kasachstan	Kirgistan	Tadschikistan	Turkmenistan	Usbekistan
97,50	100,00	93,80	85,00	75,60	73,10	69,40	76,90	k. A.	78,80	70,60

Women Business and the Law Index Score: Bewertung der Gesetzgebung zur wirtschaftlichen Teilhabe von Frauen im Verlauf des Erwerbslebens von der Schulbildung bis zum Ruhestand. Je höher der Wert, desto weniger geschlechterspezifische Diskriminierung gibt es in der Gesetzgebung eines Landes. <https://wbl.worldbank.org/content/dam/sites/wbl/documents/2021/02/WBL2022%20Chapter%201.pdf> S. 11 und <https://genderdata.worldbank.org/indicators/sg-law-idx>.

Tabelle 7: Topmanagement 2019: Anteil der Unternehmen mit Frauen im Topmanagement (%)

Deutschland	Schweden	Polen	Ukraine	Belarus	Russland	Kasachstan	Kirgistan	Tadschikistan	Turkmenistan	Usbekistan
14,2 ^a	14 ^b	27,80	17,70	21,1 ^c	24,30	26,00	32,90	6,60	k. A.	12,40

a: 2021; b: 2020; c: 2018

Topmanagement: Anteil der Unternehmen mit Frauen im Topmanagement, <https://genderdata.worldbank.org/indicators/ic-frm-femm-zs>.

Tabelle 8: Müttersterblichkeit 2017: Todesfälle pro 100.000 Lebendgeburten

Deutschland	Schweden	Polen	Ukraine	Belarus	Russland	Kasachstan	Kirgistan	Tadschikistan	Turkmenistan	Usbekistan
7	4	2	19	2	17	10	60	17	7	29

Müttersterblichkeit: Todesfälle pro 100.000 Lebendgeburten, die auf die Schwangerschaft und/oder Geburt zurückzuführen sind, <https://hdr.undp.org/data-center/thematic-composite-indices/gender-inequality-index#/indicies/GII>.

Tabelle 9: Lebenserwartung 2020: voraussichtliche Lebenserwartung von Frauen bei ihrer Geburt

Deutschland	Schweden	Polen	Ukraine	Belarus	Russland	Kasachstan	Kirgistan	Tadschikistan	Turkmenistan	Usbekistan
83,40	84,20	80,08	76,20	79,40	76,40	75,50	76,00	70,20	72,00	72,80

Lebenserwartung: voraussichtliche Lebenserwartung von Frauen bei ihrer Geburt, <https://genderdata.worldbank.org/indicators/sp-dyn-le-00-in>.

CHRONIK

21. Februar – 06. März 2023

21.02.2023	US-Präsident Joe Biden trifft zu seinem zweitägigen Besuch in Warschau ein. In seiner Rede am Warschauer Königsschloss beschwört er die Einigkeit und Stärke der NATO-Staaten und der weiteren Unterstützerländer der Ukraine. Russland, das gegen die Ukraine seit einem Jahr einen Angriffskrieg führt, werde die Ukraine niemals besiegen, zeigt sich Biden überzeugt. Polen lobt er ausdrücklich für die Aufnahme von ca. 1,5 Millionen Flüchtlingen aus der Ukraine. Am Vortag war Biden überraschend in Kiew (Ukraine) eingetroffen, wo er der Ukraine die Unterstützung der NATO im russischen Angriffskrieg zusicherte.
22.02.2023	US-Präsident Joe Biden nimmt in Warschau am Sondergipfel der NATO-Mitgliedsstaaten der »Bukarest Neun« (Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Tschechien und Ungarn) teil. Mit Blick auf die internationale Unterstützung für die Ukraine, gegen die Russland seit einem Jahr einen Angriffskrieg führt, lobt Biden die anwesenden Staaten als führende Kräfte, die die gesamte NATO gestärkt hätten. Biden bekräftigt, dass Art. 5 des NATO-Vertrags »heilig und unanfechtbar« sei.
23.02.2023	Arkadiusz Mularczyk, Staatssekretär im Außenministerium und Regierungsbeauftragter für Entschädigungsforderungen Polens an Deutschland in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg, beendet seinen zweitägigen Besuch in Belgrad (Serbien). In Gesprächen mit Außenminister Ivica Dačić und Borko Stefanović, Vorsitzender des parlamentarischen Außenausschusses, wurden Themen der bilateralen Beziehungen sowie der europäischen Integration Serbiens besprochen, außerdem die Haltung Serbiens gegenüber dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Ein weiteres Thema waren Entschädigungen für von Deutschland während des Zweiten Weltkrieges erlittene Schäden und Verluste.
24.02.2023	Am ersten Jahrestag des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine fährt Ministerpräsident Mateusz Morawiecki nach Kiew, wo er vom ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj sowie Ministerpräsident Denys Schmyhal empfangen wird. Morawiecki gibt bekannt, dass Polen als erstes europäisches Land bereits vier Leopard 2 A4-Kampfpanzer an die Ukraine geliefert habe. Er unterstreicht, dass Polen die treibende Kraft beim Aufbau der Koalition lieferwilliger Staaten gewesen sei. Bei seinem heutigen Besuch werde er die Panzer symbolisch den ukrainischen Streitkräften übergeben. Polen sei auch bereit, ukrainische Kampffliegerpiloten auf polnischen F16-Kampfflugzeugen in Polen auszubilden. Hierfür seien jedoch Absprachen mit den NATO-Partnern erforderlich.
24.02.2023	In einer Erklärung des Außenministeriums aus Anlass des ersten Jahrestages des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sagt Polen der Ukraine zu, sie in ihrem Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit weiter militärisch, politisch und humanitär so lange wie nötig zu unterstützen. Der Kampf der Ukraine gelte auch der Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung und der Verteidigung universaler Werte. Polen gehöre zu den Ländern, die sich seit Beginn des Krieges auf internationaler Ebene am aktivsten für Wirtschaftssanktionen gegen Russland einsetzen. Außerdem habe Polen an die Ukraine bisher Rüstungsgüter im Wert von mehr als 3 Milliarden Euro geliefert und fungiere als Transportknotenpunkt für Lieferungen aus dem Westen in die Ukraine. Zudem habe Polen mit 1,55 Millionen Geflüchteter die größte Anzahl von Flüchtlingen aus der Ukraine aufgenommen, wird in der Erklärung herausgestellt.
24.02.2023	Der Polnische Rüstungskonzern (Polska Grupa Zbrojeniowa – PGZ) unterzeichnet mit dem südkoreanischen Unternehmen Hyundai Rotem Company eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit bei der Produktion von K2-Kampfpanzern und K9-Panzerhaubitzen in Polen.
26.02.2023	Der Vorstandsvorsitzende des Polnischen Rüstungskonzerns (Polska Grupa Zbrojeniowa – PGZ), Sebastian Chwałek, sagt in einem Interview im Sender TVP Info, die Produktion von K2-Kampfpanzern in Zusammenarbeit mit dem südkoreanischen Unternehmen Hyundai Rotem Company, die vor zwei Tagen unterzeichnet wurde, sei sowohl für die polnische Armee als auch für den Export vorgesehen. Im Rahmen der Zusammenarbeit werde der PGZ einen technologischen Sprung in der Panzerproduktion vollziehen und seine Fähigkeiten bei der Produktion schweren Geräts ausbauen.
27.02.2023	Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (engl. OECD) stellt ihre neuesten Daten vor, wonach das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Polens im Jahr 2022 um 4,9 % gewachsen ist. Für 2023 geht die OECD von 0,9 % Wachstum des BIP aus. Prognostiziert wird für 2023 außerdem eine Inflationsrate in Höhe von 12,7 % im Jahresdurchschnitt (2022: 14,4 %).

02.03.2023	Die Umweltschutzorganisation Greenpeace Polska veröffentlicht einen Bericht zur Untersuchung der Wasserqualität im Einzugsgebiet der Oder und der Weichsel. Die Ergebnisse würden eindeutig zeigen, dass Kohlekonzerne in Oberschlesien (Górny Śląsk) mit ihren Abwassereinleitungen für die Katastrophe im Sommer 2022 verantwortlich seien, die zur ökologischen Zerstörung der Oder geführt hat. Leszek Pazderski, Experte für ökologische Politik bei Greenpeace, warnt vor einer Wiederholung der Situation im kommenden Sommer in der Oder sowie der Weichsel. Anna Meres (Greenpeace) sagt, die öffentlich zugänglichen Daten der staatlichen Hauptaufsichtsbehörde für Umweltschutz (Główny Inspektorat Ochrony Środowiska – GIOŚ) deckten sich mit den Untersuchungsergebnissen von Greenpeace, jedoch habe die GIOŚ daraufhin keine Schritte für den Schutz der Gewässer unternommen. Die Situation sei zusätzlich dadurch verschlimmert worden, dass das Ministerium für Klima und Umwelt den Kohlekonzernen geholfen habe, das geltende Umweltrecht in großem Ausmaß zu umgehen. Greenpeace beansprucht die Belohnung in Höhe von 1 Million Zloty, die die Regierung für Hinweise auf die Täter ausgelobt hat; die Summe will Greenpeace für Projekte im Nationalpark Unteres Odertal einsetzen.
02.03.2023	Daniel Obajtek, Vorstandsvorsitzender des staatlichen Mineralölkonzerns PKN Orlen, versichert, es bestehe keine Versorgungslücke bei der Lieferung von Erdöl nach Polen. Der Hintergrund ist, dass Russland am 25. Februar seine Erdöllieferungen über die Druschba-Pipeline nach Polen gestoppt hat. PKN Orlen hatte erklärt, dass er den Import einstellen werde, wenn die Europäische Union entsprechende Sanktionen verabschiedet, andernfalls würde die vorzeitige Auflösung des Vertrags mit dem russischen Konzern Tatnieft hohe Strafzahlungen nach sich ziehen. In diesem Zusammenhang kritisierte Janusz Steinhoff, Wirtschaftsexperte der polnischen Arbeitgebervereinigung Business Centre Club (BCC) und ehemaliger Wirtschaftsminister, dass Polen im Gegensatz zur Mehrheit der EU-Länder weiter Erdöl von Russland bezogen hat und zwischen September und Dezember 2022 mehr als 10 Milliarden Zloty und im gesamten Jahr 2022 72 Milliarden Zloty dafür aufgewendet hat. Dieses Vorgehen habe den von der EU gegen Russland verhängten Sanktionen zwar nicht widersprochen, da diese eine Übergangsfrist beinhalten, so Steinhoff. Letztlich habe PKN Orlen aber ausgenutzt, dass das russische Erdöl billiger war als Lieferungen aus anderen Ländern.
03.03.2023	Magdalena Filiks, Abgeordnete der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO), gibt bekannt, dass ihr 15-jähriger Sohn Suizid begangen hat. Dieser war vor einigen Jahren sexuell missbraucht worden; der Täter kam aus dem KO-Lager. Regierungsnahe Medien veröffentlichten später Informationen, die die Identifizierung des Jungen ermöglichten.
05.03.2023	Joanna Scheuring-Wielgus, Abgeordnete von Die Linke (Lewica), kündigt für den nächsten Tag an, Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft gegen die regierungsnahen Sender TVP Info und Radio Szczecin (Radio Stettin) zu stellen, um eine eventuelle Verantwortung von Mitarbeitern der Sender für den Suizid des Sohnes von Magdalena Filiks, Abgeordnete der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO), prüfen zu lassen. Filiks hatte vor zwei Tagen den Tod ihres Sohnes mitgeteilt. Dieser war vor einigen Jahren von einem Politiker des KO-Lagers sexuell missbraucht worden. Die Sender berichteten danach über Täter und Opfer in einer Weise, die die Identifizierung des Sohnes möglich machte. Gestern hat die Staatsanwaltschaft Stettin die Untersuchung aufgenommen, unbestätigten Angaben zufolge, um die »Verleitung zum Suizid« zu prüfen.
06.03.2023	Die Europäische Kommission bewilligt eine Zusatzfinanzierung in Höhe von 258,7 Millionen Euro für das Museum der Geschichte Polens in Warschau. Der Bau hat bereits begonnen; das Museum soll im Jahr 2025 eröffnet werden.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Dr. Silke Plate (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2023 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss 1, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



caucasus
analytical
digest



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



russian
analytical
digest



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>